

Fälle zum Polizei- und Ordnungsrecht

von

Prof. Dr. Dr. h.c. Gilbert-Hanno Gornig, Prof. Dr. Ralf Jahn

4. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 66779 4

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Schriftenreihe
der Juristischen Schulung
Band 125

beck-shop.de

beck-shop.de

Fälle zum Polizei- und Ordnungsrecht

von

Dr. Dr. h. c. mult. Gilbert-Hanno Gornig
o. Professor an der Universität Marburg
Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof a. D.

und

Rechtsanwalt Dr. Ralf Jahn
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer
Würzburg/Schweinfurt
Honorarprofessor an der Universität Würzburg

4. erweiterte und überarbeitete Auflage
2014



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 66779 4

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Die 4. Auflage wurde grundlegend überarbeitet und erweitert. Vier Fälle zu aktuellen Problemen wurden ergänzt. Berücksichtigung fanden die relevanten Gesetzesänderungen wie insbesondere das nordrhein-westfälische Justizgesetz. Die Neuauflagen der einschlägigen Lehrbücher und Kommentare wurden ebenso verarbeitet wie Literatur und Rechtsprechung, die bis Mai 2014 veröffentlicht wurden.

Die Autoren danken den Mitarbeiterinnen am Institut für Öffentliches Recht der Philipps-Universität Marburg *Marie Scheffler*, *Jurgita Baur* sowie *Antonia Böhme*, *Justine Diebel*, *Sarah Hachmeister* und *Maren Trautmann* für ihre Unterstützung bei der Bearbeitung der Neuauflage.

Marburg, Würzburg, im Juni 2014

Die Autoren

Einführung und Vorwort zur 1. Auflage

Bei der Bearbeitung der Fälle wurde auf eine vollständig ausformulierte Lösung Wert gelegt. Die teilweise sehr detaillierten Gliederungen der Falllösungen sollen der Übersichtlichkeit dienen und dem Studierenden den Aufbau einer ordnungsrechtlichen bzw. polizeirechtlichen Klausur oder Hausarbeit veranschaulichen. Da zu den Fällen vollständige Lösungen erarbeitet wurden, sind Überschneidungen der Problembereiche unvermeidlich. Jede Fallbearbeitung enthält aber einen Schwerpunkt aus dem formellen bzw. materiellen Recht. Dieser war entscheidend für die Einordnung des Falles in die einzelnen Abschnitte des Buches. Fußnoten weisen darauf hin, in welchen anderen Fällen die Probleme noch einmal zur Sprache kommen. Auch Zulässigkeitsfragen, die sich in der Klausur bei Prüfung eines Rechtsbehelfs häufig stellen, werden ausführlich behandelt. Dabei wurde darauf geachtet, dass die wichtigsten Klage- und Antragsarten zur Sprache kommen.

Die Lösungen erfolgen nach dem Recht des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Synopse am Ende der Arbeit erlaubt es jedoch, die entsprechenden Bestimmungen der anderen Bundesländer, die in der Regel im Wortlaut ähnlich, wenn nicht gar identisch sind, schnell aufzufinden, so dass auch für Studierende aus anderen Bundesländern das Buch ohne weiteres zu nutzen ist. Soweit ein Bundesland kein eigenes Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Verwaltungsbehörden im Bereich der Gefahrenabwehr hat, sind die entsprechenden Bestimmungen des dann einschlägigen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes anzuwenden.

Bei der Auswahl des Schrifttums in den Fußnoten wurde nicht auf Vollständigkeit Wert gelegt. Die Literatur wurde in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, ob sie dem Studierenden in überschaubarer Form vertiefende oder weiterführende Hinweise bietet. Dabei werden die am meisten verbreiteten Lehrbücher besonders berücksichtigt. Hierbei wurden Rechtsprechung und Schrifttum im Wesentlichen bis Ende 1993 berücksichtigt.

Ziel des Buches ist es, den Studierenden neben der Technik des Klausuraufbaus die ordnungsrechtlichen und polizeirechtlichen Kenntnisse zu vermitteln, die erforderlich sind, um im Examen erfolgreich abzuschneiden.

Für die Mitarbeit danken die Autoren den wissenschaftlichen Mitarbeitern am Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen, insbesondere Frau *Manuela Melegari*, Herrn *Dr. Ralf-Michael Polomski*, Frau *Christiane Trüe*, Herrn *Dr. Michael Waldstein* sowie Herrn *Matthias Eickhoff* für die Anfertigung der Synopse.

Göttingen, Würzburg, im April 1994

Die Autoren

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XV
1. Teil. Sachverhaltsanalyse	1
I. Sachverhaltsanalyse	1
II. Zeiteinteilung	1
III. Arbeiten mit dem Gesetz	1
IV. Gutachten	2
V. Richtige Proportionierung	2
VI. Äußere Form	3
2. Teil. Fälle	5
A. Polizeiliche und ordnungsbehördliche Primärmaßnahmen	5
I. Präventives und repressives polizeiliches Handeln	5
Fall 1. Mahnwache in der Kirche	5
Repressives, präventives und doppelfunktionelles Polizeihandeln; Rechtsweg-	
zuständigkeit; erkennungsdienstliche Maßnahmen; Freiheitsentziehung und	
Freiheitsbeschränkung; Zuständigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit bei Frei-	
heitsentziehungen	
II. Polizeipflichtigkeit	14
Fall 2. Kurze Nachtruhe	14
Polizeipflichtigkeit von Hoheitsträgern; Störer; Klagebefugnis; Rechtsschutz-	
bedürfnis	
III. Anspruch auf Einschreiten	36
Fall 3. Erzwungene Verkehrskontrolle	36
Verpflichtung zum Einschreiten; Generalklausel als Anspruchsnorm; Opportu-	
nitätsprinzip; Ermessensreduzierung auf Null; Folgenbeseitigungsanspruch	
IV. Befugnisnormen außerhalb des Polizei- und Ordnungsrechts	47
Fall 4. Fotografiert du mich, fotografiere ich dich	47
Versammlungsgesetz; Kunsturhebergesetz; präventives polizeiliches Handeln;	
repressives polizeiliches Handeln; Realakt; Gefahrenverdacht; öffentliche Sicher-	
heit; richtiger Klagegegner beim Vorgehen gegen eine polizeiliche Maßnahme;	
Feststellungsklage; Fortsetzungsfeststellungsklage; Vorverfahren bei Fortset-	
zungsfeststellungsklage	
Fall 5. Autowrack im Wald	62
Sofortige Vollziehung; Aufgabenbereich der Sicherheitsbehörden; Anscheins-	
gefahr; Verantwortlichkeit des Zustandsstörers; Störerhaftung und wirtschaftli-	
ches Unvermögen; vorläufiger Rechtsschutz	
Fall 6. Der bissige Kampfhund	76
Anordnung der sofortigen Vollziehung; Antrag auf Wiederherstellung der auf-	
schiebenden Wirkung; Gefahrenbegriff; Gefahrenverdacht; Landeshundegesetz;	
Androhung des unmittelbaren Zwangs; Zwangsmittel; unmittelbare Ausführung;	
Vollzugshilfe; Anhörung; Anscheinsgefahr; Schadensersatzansprüche	
Fall 7. Durchsuchung von Räumen eines religiösen Vereins	92
Durchsuchungsanordnung; Beschlagnahmeanordnung; Verbot eines religiösen	
Vereins; Beschwerde; Beweiserhebungsverbot; Beweisverwertungsverbot	
Fall 8. Geiselnahme	102
Strafrechtliche Rechtfertigungsgründe als Befugnisnormen; finaler Rettungs-	
schuss; unmittelbarer Zwang; Androhung	

V. Standardmaßnahmen	109
Fall 9. Befürchtete Ausschreitungen	109
Realakte; Personendurchsuchung; Sachdurchsuchung; Sicherstellung; Personalfeststellung; Versammlungsgesetz; Verhältnismäßigkeit; Fortsetzungsfeststellungsklage; Vorverfahren; Feststellungsinteresse; Klagefrist	
Fall 10. Bespitzelter Diskothekenbetreiber	124
Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten; verdeckte Observation; Datenerhebung durch verdeckten Einsatz technischer Mittel; Datenspeicherung; Datenübermittlung an Gefahrenabwehrbehörden; Löschung unzulässig gespeicherter Daten; Rechtsweg bei Geltendmachung eines Datenlöschungsanspruchs	
Fall 11. Häusliche Gewalt	135
Gefahrenabwehr; Strafverfolgung; Wohnung; häusliche Gewalt; Wohnungsverweisung; Rückkehrverbot; Auswahlermessen; Fristenberechnung; Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	
VI. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	145
Fall 12. Solidaritätskundgebung	145
Öffentliche Sicherheit; Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen; Verhaltensstörer; Störerauswahl; Verhältnismäßigkeit; polizeiliche Zuständigkeit; vorläufiger Rechtsschutz; Erledigung	
Fall 13. Swingerclub stört Lehrbetrieb	155
Öffentliche Sicherheit; öffentliche Ordnung; Bauordnungsrecht	
Fall 14. Laserdrome	162
Gewerbebegriff; Unzuverlässigkeit; öffentliche Sicherheit; öffentliche Ordnung; Entschließungsermesse; Menschenwürde; Gewerbeuntersagung; Europarechtskonformität gewerberechtlicher Verfügungen; polizeiliche Generalklausel	
VII. Gefahr	175
Fall 15. Gasexplosion im Wohnhaus	175
Ordnungsbehördliche Zuständigkeit; gemeine Gefahr; konkrete Gefahr; Putativgefahr; Anscheinsgefahr; Vollzugshilfe; Handeln auf Anordnung; Fortsetzungsfeststellungswiderspruch	
VIII. Verantwortliche	189
Fall 16. Bodenkontaminationen	189
Handlungsstörer; Zustandsstörer; Nichtstörer; Störerauswahl; Relevanz unterbrochener Privatnützigkeit und erkennbarer Gefährlichkeit; interner Ausgleich bei mehreren Störern; Rechtsnachfolge	
Fall 17. Steinschlag	199
Unmittelbarkeit der Verursachung; Störerhaftung bei Naturereignissen; Zustandsstörer; Haftung bei Eigentumsverzicht; Subsidiarität des allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsrechts; Rechtsnachfolge; Gefahrenabwehr und gemeindlicher Wirkungskreis	
Fall 18. Arzneimittelreste	211
Verschulden; Kausalität; Äquivalenztheorie; Adäquanztheorie; Wertungstheorien; Theorie der rechtswidrigen Verursachung; Unmittelbarkeitstheorie	
Fall 19. Auflösung der Gegendemonstration	216
Störer; Kausalzusammenhang; Zweckveranlasser; Nichtstörer; Fortsetzungsfeststellungsklage; Feststellungsinteresse	
Fall 20. Obdachlos	223
Nichtstörer; gegenwärtige erhebliche Gefahr; Folgenbeseitigungsanspruch; Verwaltungsrechtsweg	
Fall 21. Bomben im Papierkorb	235
Doppelfunktionelle Maßnahme; präventives und repressives polizeiliches Vorgehen; Justizverwaltungsakt; Schwerpunkttheorie; Wohnungsdurchsuchung; Realakt; Anscheinsgefahr; Scheingefahr; Verschuldensunabhängigkeit der Störereigenschaft; Verhaltensstörer; Anscheinsstörer; Verdachtsstörer; Scheinstörer; Nichtstörer	

IX. Ordnungsbehördliche Verordnungen	259
Fall 22. Unerwünschte Stadstreicher	259
Ordnungsbehördliche Verordnung; Bestimmtheitsgebot; abstrakte Gefahr; öffentliche Sicherheit oder Ordnung; verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle	
B. Polizeiliche und ordnungsbehördliche Sekundärmaßnahmen	267
I. Androhung	267
Fall 23. Schaulustige	267
Sachliche Zuständigkeit; außerordentliche Zuständigkeit; Zuständigkeit des Landeskriminalamtes; Anhörung; Zwangsmittel; Androhung; unmittelbarer Zwang; Ersatzvornahme; Zwangsgeld; vertretbare Handlung; Platzverweisung	
II. Ersatzvornahme	274
Fall 24. Abgeschleppt	274
Rechtsgrundlagen für polizeiliche Abschleppmaßnahmen; Sicherstellung; Ersatzvornahme; Sofortvollzug; Auswahl zwischen Zustands- und Verhaltensstörer; inhaltliche Bestimmtheit eines Kostenbescheids; Generalprävention im Rahmen der Gefahrenabwehr	
Fall 25. Grundwasserverunreinigung	291
Sofortvollzug; unmittelbare Ausführung; Zustandsstörer; Handlungsstörer; Störerauswahl	
III. Unmittelbarer Zwang	299
Fall 26. Störende Randalierer	299
Androhung von Zwangsmitteln; unmittelbarer Zwang; öffentliche Sicherheit oder Ordnung; Platzverweisung; Verordnung der Ordnungsbehörden; inzidente Überprüfung einer ordnungsbehördlichen Verordnung; Verhältnismäßigkeitsprinzip	
Fall 27. Gewahrsam bei Selbstmordgefahr	306
Öffentliches Interesse an Gefahrenabwehr; Schutz privater Rechte; Selbstgefährdung; Ingewahrsamnahme; unmittelbarer Zwang; Fesselung; Verhältnismäßigkeit; Unaufschiebbarkeit; Androhung	
Fall 28. Räumung der Friedenswiese	311
Unmittelbarer Zwang durch Ordnungsbehörden; Androhung; Vollzugshilfe; Sofortvollzug; Einfluss der Rechtmäßigkeit des Grundverwaltungsaktes auf die Rechtmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahme	
C. Folgen ordnungsbehördlichen und polizeilichen Vorgehens	319
I. Finanzielle Ansprüche der Behörde gegen den Bürger	319
Fall 29. Teures Popkonzert	319
Polizeikostenersatz; Ersatzvornahme; sofortiger Vollzug; Kostenbescheid; gegenwärtige Gefahr; öffentliche Sicherheit; Handlungsstörer; unmittelbare Verursachung; Zweckveranlasser; Nichtstörer; Geschäftsführung ohne Auftrag	
II. Finanzielle Ansprüche des Bürgers gegen die Behörde	331
Fall 30. Kostspielige Verfolgungsjagd	331
Entschädigungsansprüche bei polizeilichem Handeln; Amtshaftung; Amtspflichtverletzung; Zulässigkeit des Schusswaffengebrauchs; Ersatzansprüche des Polizeiträgers gegen den Störer	
Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (PolG NW)	343
Ordnungsbehördengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (OBG NW)	377
Sachregister	389

beck-shop.de